

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2023/0980/2

Verantwortlich: **Dez. 1**
Dienststelle: **Zentraler Juristischer Dienst**

Fuß- und Radentscheid Karlsruhe – Zulässigkeit und Bewertung des Bürgerbegehrens Ergänzungsantrag: SPD

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus	Zuständigkeit
Gemeinderat	19.09.2023	öffentlich	Entscheidung

Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Erläuterungen

Aus Sicht der Verwaltung ist der vorgegebene zeitliche Rahmen letztlich nicht realistisch. Inwiefern sich in den nächsten drei Monaten tatsächlich konkrete Ergebnisse darstellen lassen, kann derzeit nicht bewertet werden.

Sofern nach konkreten Ergebnissen gefragt wird, würde dies darüber hinaus auch eine Vereinbarung auf Arbeitsebene voraussetzen. Eine solche konsensuale Vereinbarung kann die Verwaltung jedoch einseitig nicht in Aussicht stellen.

Gleichwohl wird die Verwaltung den Gemeinderat gerne noch in diesem Jahr über den Sachstand informieren. Sofern tatsächlich bis Ende des Jahres auch Ergebnisse erzielt werden können, wird selbstverständlich auch über diese Ergebnisse berichtet bzw. die Zustimmung des Gemeinderats gegebenenfalls eingeholt.